



# Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

66 | 01.04.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Beratungen der Ratsgremien in den vergangenen drei Wochen. Überschattet wurde diese Arbeit durch den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir hoffen, dass es hier bald zu einem Waffenstillstand kommen wird und dass tragfähige Friedensverhandlungen beginnen. Wie wichtig das ist, hat gestern Kiews Oberbürgermeister Vitali Klitschko in seiner Rede an den Rat unserer Stadt eindringlich dargelegt.

Eine interessante Lektüre und erholsame Osterferien wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

---

## **Vitali Klitschko: „Wir verteidigen die Werte Europas.“**

Der Bürgermeister Kiews war gestern der Ratsversammlung zugeschaltet, und er berichtete über die „unvorstellbare Situation“ in seiner Stadt und in seinem Land, der Ukraine. Ganze Städte seien ausgelöscht oder weitflächig zerstört; die Zahl der Toten sei nicht bekannt; Frauen und Kinder erlitten Schreckli-



Eine Stadt für alle.



ches, während die Männer zu den Waffen griffen, um ihr Land zu verteidigen: „Als Einzelkämpfer kann ich Ihnen sagen, die wichtigste Rolle im Kampf spielt der Wille“, so Klitschko: „Wir werden niemals auf die Knie gehen, wir werden niemals aufgeben.“

Vitali Klitschko betonte, dass die Ukraine keinerlei Bedrohung sei, sondern nur ein Ziel habe: „ein friedliches, weltoffenes Land als Teil der europäischen Familie zu sein“. Dieser Wunsch stehe dem Willen „eines Mannes, dessen Namen jeder kennt“, entgegen, wieder ein russisches Imperium zu errichten. Dafür bediene er sich der Waffen und der Propaganda, bezeichne wider besseren Wissens die Ukraine als Staat von „Extremisten, Nationalisten, Faschisten“; wer in Russland für die Pressefreiheit eintrete, erleide das Schicksal des getöteten Boris Nemzow oder des weggesperrten Alexej Nawalny.

Der Kiewer Bürgermeister bedankte sich für die Unterstützung, doch erwarte und benötige die Ukraine mehr. Trotz allen Verständnisses für die wirtschaftlichen Folgen müssten die Sanktionen ausgeweitet und eine Entscheidung zugunsten von Souveränität und Freiheit zu treffen; denn: „Wir kämpfen um die Zukunft unserer Kinder, wir kämpfen nicht nur die Ukraine, wir verteidigen dieselben Werte, die wir haben in Europa.“ Deshalb betreffe dieser Krieg „alle von uns“: „Heute ist die Welt schwarz und weiß, und jeder Politiker muss entscheiden, wo er steht.“

Am Ende seiner Rede äußerte Klitschko die Hoffnung, dass der Krieg bald beendet werden könne. Dazu müssten alle ihren Beitrag leisten: „Auch von euch hängt es ab, wie schnell wir Frieden kriegen.“



*Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko bei seiner Rede an den Rat unserer Stadt.*

In seiner Reaktion auf die Rede Vitali Klitschkos zeigte sich unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich erschüttert von dessen Schilderungen. Er forderte eine ernsthafte Diskussion darüber, ob wirtschaftliche Interessen immer noch über den Werten von Freiheit und Souveränität stehen dürften. Kelich begrüßte den Vorschlag von Oberbürgermeister Belit Onay, einen Solidaritätsfonds für Kiew einzurichten. Man sollte diesen Fonds gemeinsam mit unserer Partnerstadt Leipzig einrichten, die wiederum Kiew zur Partnerstadt hat.

---

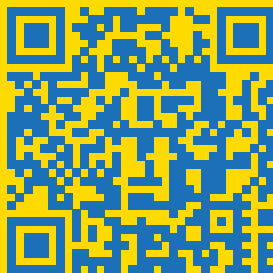
## **Unterstützung für Geflüchtete aus der Ukraine**

Zahlreiche Ehrenamtliche haben unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine begonnen, Sach- und Geldspenden zusammenzutragen, Unterkünfte einzurichten und an-

zubieten oder bei der Orientierung über Behördenleistungen, Unterbringungsmöglichkeiten und Bildungs- und Arbeitsangebote zu helfen. Unterstützt werden sie dabei von zahlreichen Beschäftigten der Landeshauptstadt und der Region Hannover. – Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

Wesentliche Fragen, die hinsichtlich möglicher Hilfen für Vertriebene aus der Ukraine an die Koordinierungsstelle für Geflüchtete herangetragen worden sind, wurden nun in einem Katalog häufig gestellter Fragen, einem [FAQ-Katalog](#), zusammengestellt. Rückfragen hierzu können auch direkt an die Koordinierungsstelle gerichtet werden, per [Mail](#) oder telefonisch: 0511-16 83 33 33.

[www.hannover.de/Flüchtlinge-in-Stadt-und-Region-Hannover](http://www.hannover.de/Flüchtlinge-in-Stadt-und-Region-Hannover)



*Stadt und Region bieten Informationen für Geflüchtete und zu Unterstützungsmöglichkeiten – auch in verschiedenen Sprachen – unter dieser Internetadresse.*

---

### **Solidaritätsscheck für die Unterbringung von Geflüchteten**

Bis zu 10.000 Menschen werden in Folge des Ukraine-Krieges in unserer Stadt untergebracht werden müssen. Die Unterbringung in diesem Umfang wird von der Stadt und der Region allein nicht gewährleistet werden können. Aus diesem Grunde wird die Landeshauptstadt einen „[Solidaritätsscheck](#)“ auflegen, um Menschen zur privaten Aufnahme Geflüchteter zusätzlich zu motivieren. Neben deren kurzfristiger Unterbringung verspricht die Stadtverwaltung sich hiervon „auch positive integrationspolitische Effekte“, da die Geflüchteten in einem familiären Kontext unterkommen. Zugleich wird dadurch der städtische Haushalt in erheblichem Umfang entlastet werden.

Dem Solidaritätsscheck wird ausgezahlt für Vermietungen an Geflüchtete für mindestens neun Monate. Bei einer Vermietung verdoppelt sich der Betrag, der zudem je nach Zahl der untergebrachten Personen variiert. Dem Verwaltungsentwurf haben wir vorgestern im Finanz- und gestern im Verwaltungsausschuss zugestimmt.

---

### **Keine Anfeindungen gegenüber Russischstämmigen**

So verstörend die Nachrichten über Russlands Krieg in der Ukraine sind, so verstörend sind auch die Meldungen darüber, dass sich Übergriffe auf russischstämmige Menschen in unserer Gesellschaft häufen. Betroffen sind davon häufig auch Menschen aus der Ukraine.

Wir können solche Anfeindungen und Übergriffe nicht dulden. Eine [Resolution](#), die dies bekräftigt und zur Friedfertigkeit gegenüber allen Menschen in unserer Mitte aufruft, haben wir gestern auf unsere Initiative hin gemeinsam mit Grünen, CDU, FDP, Linke sowie Die Partei & Volt in die [Ratsversammlung](#) eingebracht und verabschiedet.

---

## Gerhard Schröder verzichtet auf Ehrenbürgerwürde

Mit seinem Verzicht auf die Ehrenbürgerwürde unserer Stadt hat unser Altbundeskanzler Gerhard Schröder das Verfahren hierzu beendet, das auf unseren [Antrag](#) eingeleitet worden war. Leider hat Gerhard Schröder sich in seinem Brief an den Oberbürgermeister nicht zu der inhaltlichen Begründung des Aberkennungsverfahrens erklärt. So bleibt leider auch unser Appell an ihn unbeantwortet, sich klar gegen Wladimir Putin als Urheber des Angriffskrieges auf die Ukraine zu positionieren und seine Mandate in russischen Staatskonzernen niederzulegen.

---

## Europa im Herzen Hannovers

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ([RGRE](#)) hat sich am 24. und 25. März im Haus der Region getroffen, um über Europas Zusammenhalt und Zukunft zu diskutieren. Unsere Ratsfraktion wurde von Maxi Carl und Bruno Gill vertreten, die in Workshops insbesondere über kommunale Partnerschaften und EU-Fördermöglichkeiten für kommunale Projekte diskutierten.

Nachdem der stellvertretende Minister für EU-Integration Igor Korkhovyi in einer Liveschaltte eindrücklich zur Unterstützung jedweder Art aufgefordert hatte, hat der RGRE eine Resolution verabschiedet, der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine verurteilt und die Kommunen wurden aufgefordert, kommunale Partnerschaften dazu zu nutzen, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu unterstützen. Auch wurde an die Bundesregierung und die Europäische Kommission appelliert, ein schnelles Aufnahmeverfahren für die Ukraine in die Europäische Union vorzubereiten.

Die Bedeutung der Kommunen als Basis für den Zusammenhalt und Frieden innerhalb Europas wurde dadurch einmal mehr unterstrichen. Sie entspricht ganz der Linie des Europäischen Ausschusses der Regionen.



*Unsere Fraktionsmitglieder Maxi Carl und Bruno Gill vertreten neben anderen unsere Stadt beim RGRE.*

## Mehr Sicherheit am Küchengarten und in der Limmerstraße

Seit Jahren haben sich der Platz am Küchengarten und die Limmerstraße in Linden zu beliebten Treffpunkten der Partyszene entwickelt, was für die Anwohner\*innen dort zu einer erheblichen Belastung geworden ist. Vor allem an Wochenenden, verstärkt durch die Einschränkungen in Gastronomie und Kultur im Zuge der Corona-Pandemie, kommt es zu erheblichen Ruhestörungen, Vermüllung, Vandalismus und Gewalttaten.

Aus den intensiven Gesprächen zwischen Nachbarschaft, Verwaltung und Politik, in die auch Mitglieder unserer Fraktion eingebunden waren, ist ein „[Handlungskonzept Küchengarten Limmerstraße 2022](#)“ entwickelt worden, das die Verwaltung im Laufe des vergangenen Monats in verschiedenen Ausschüssen des Rates vorgestellt hat. Es sieht eine intensivere Streifenförmigkeit von Polizei und städtischem Ordnungsdienst vor, der nun an Wochenenden bis 3 Uhr vor Ort sein wird. Zusätzlich wird mit dem „Kollektiv 17“ ein Team von sogenannten „Awareness-Scouts“ eingesetzt werden. Derartige Teams, die zur Konflikte schlichten und die Feiernden für die Rücksichtnahme auf die Nachbarschaft sensibilisieren, hatte das „Kollektiv 17“ bereits im vergangenen Jahr eingesetzt; sie bilden einen Kernbaustein in seinem Konzept „LimmernLabor“. Eingesetzt werden ebenfalls Teams der Straßensozialarbeit und der Jugendhilfe.

Kioske und Supermärkte an der Limmerstraße sollen dazu bewegt werden, künftig auf den Alkoholverkauf in den Nachtstunden verzichten. Um die Lärmbelastung einzudämmen, soll künftig nach vorheriger Ansprache durch die Sicherheitskräfte mobile Lautsprecherboxen eingezogen werden können. Und schließlich sollen in Linden alternative Feierorte jenseits von Wohngebieten bereitgestellt werden.



*Social-Media-Post mit unserem ordnungspolitischen Sprecher Jens Menge vom 12. März.*

## Neue Förderrichtlinie für die Kinder- und Jugendarbeit

Der Jugendhilfeausschuss hat am vergangenen Montag die [Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit](#) beschlossen. Geregelt sind darin die Fördergrundlagen für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Teil A), die Arbeit der Jugendverbände (B) sowie der weiteren Kinder- und Jugendarbeit (C). In den Teilen A und C baut die Richtlinie auf bestehenden Fördergrundsätze auf. Für die Förderung der Jugendverbände nach Teil B waren neue Kriterien notwendig, da mit der alten Richtlinie nicht alle berechtigten Jugendverbände unterstützt werden konnten. Basis für die finanzielle Förderung ist nun neben der Erfüllung von Mindestkriterien nicht mehr die Finanzkraft der Verbände, sondern ihre Aktivität.

Wir haben dazu mit den Grünen einen [Änderungsantrag](#) eingebracht, der sich im Wesentlichen auf Teil B auswirkt: Damit soll es den Jugendverbänden möglich werden, zum Nachweis ihrer Aktivität auch die Gruppenarbeit zu berücksichtigen. Dies war im Verwaltungsentwurf nicht enthalten. Verbände, die im Nachweisjahr die Förderbedingungen nicht erfüllen, können weiterhin gefördert werden, wenn ihre aktuelle Arbeit nahelegt, dass sie die Kriterien im aktuellen Jahr erfüllen werden. Des Weiteren haben wir die Juleica (Jugendleiter\*innen)-Card-Ausbildung durch eine Absenkung der der Mindestteilnehmer\*innenzahl gestärkt. Im Rahmen des aktuellen Roadmap-Prozesses zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit werden auch diese Richtlinien noch einmal überprüft werden, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.

---

### Das 18. Gymnasium kommt

Vor vier Jahren hatten wir beschlossen, ein [neues Gymnasium](#) einrichten zu lassen, das achtzehnte in unserer Stadt. Mit dem [Beschluss](#) des Rates gestern können nun die Planungen für den Neubau konkretisiert und dann hoffentlich bald mit der Umsetzung begonnen werden. Entstehen soll das 18. Gymnasium in Bemerode am Sandberge. Die Schützengemeinschaft Bemerode wird ein neues Vereinsheim erhalten, und zwar an der Schul- und Sportanlage östlich der Wilhelm-Göhrs-Straße, zwischen dem alten Ortskern von Bemerode und dem Kronsberg.

---

### Bau der Grundschule am Kronsberg-Süd kann beginnen

Am südlichen Kronsberg entstehen in Niedersachsen größtem Neubaugebiet 3.500 neue Wohnungen. Mit einer Grundschule dort, die ebenfalls einen Ableger des Stadtteilzentrums KroKuS beherbergen soll, werden nun zentrale Elemente der sozialen Infrastruktur in diesem neuen Quartier entstehen. Aus genau diesem Grund hatten wir die Grundschule wir bereits vor vier Jahren in [Auftrag](#) gegeben. Den Auftrag für den Bau und die erforderlichen Mittel in Höhe von 37,5 Millionen Euro hat der Rat gestern freigegeben, sodass der Bau nun alsbald beginnen kann.

---

### Zweite Runde des Kunststoffrasenplatzprogramms

Vor vier Jahren hatten wir beschlossen, dass in unserer Stadt [Kunststoffrasenplätze](#) angelegt werden sollen. Dadurch sollen Sportvereine die Möglichkeit erhalten, auch während der kalten Jahreszeiten Sportangebote im Freien vorhalten zu können. Ein entsprechendes [Konzept](#) hat die Verwaltung 2018



vorgelegt. Für die Vergabe hatten wir einen [Kriterienkatalog](#) entwickelt, der zwei Jahre später nochmals [angepasst](#) worden war.

Die ersten Kunststoffrasenplätze wurden danach dem VfL Eintracht in der Südstadt und dem HSC in der List zugestimmt, nun folgen drei weitere Plätze. In der [zweiten Vergaberunde](#) kommen der TuS Kleefeld gemeinsam mit der SG Blaues Wunder, die Sportfreunde Anderten und der OSV Hannover in Bothfeld zum Zuge.

*Kunstrasenplatz des HSC. © LHH.*

---

## Gleichstellung in der Landeshauptstadt: Equal Pay Day am 9. Januar

Am 7. März war der deutsche Equal Pay Day – jener Tag, bis wann Frauen unentgeltlich arbeiten müssten, um auf das gleiche Jahresgehalt wie Männer zu kommen. Die Verwaltung unserer Stadt ist bei der Umsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit deutlich weiter: Wie sie gestern auf unsere [Anfrage](#) im Rat mitteilte, fiel der Equal Pay Day in der Stadtverwaltung bereits auf den 9. Januar.

---

## Stärkung der Bürger\*innenbeteiligung

Um die Beteiligung der Einwohner\*innen in unserer Stadt zu stärken, soll nun eine Pilotphase zu ausgewählten Beteiligungsprojekten beginnen. Um diesen Prozess adäquat begleiten zu können, wollen wir einen [Beteiligungsbeirat](#) einrichten lassen, in dem zu gleichen Teilen aus Stadtverwaltung, Stadtgesellschaft und Ratspolitik sowie externen Expert\*innen besetzt werden soll.

Damit die Beteiligung der Einwohner\*innen nicht nur auf gesamtstädtischer Ebene, sondern auch vor Ort in den Stadtbezirken gestärkt wird, wollen wir nun auch dort Beteiligungsbeiräte einrichten lassen. Auf lange Sicht erhoffen wir uns davon, eine Entlastung der Bezirksräte – möglicherweise sogar deren Abschaffung. Dazu haben wir bereits ein detailliertes [Konzept](#) entwickelt, das Du Dir sehr genau anschauen solltest.

*Eine Stadt für alle.*

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de  
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

